

Vergabegrundsätze der Klimastiftung der Kreissparkasse Heilbronn

(Grundsätze für Förderentscheidungen und Antragsverfahren)

1. Allgemeine Grundsätze

- a. Die Klimastiftung der Kreissparkasse Heilbronn (nachfolgend Stiftung genannt) ist Ausdruck des öffentlichen Engagements der Kreissparkasse Heilbronn und ihrer besonderen Verantwortung für das Gemeinwohl in ihrem Geschäftsgebiet.
- b. Die Stiftung versteht sich als fördernde Institution, die die ihr zur Verfügung stehenden Mittel überwiegend für Projekte einsetzt, die innerhalb des Geschäftsgebiets der Kreissparkasse Heilbronn von Dritten initiiert und verwirklicht werden. Darüber hinaus kann die Stiftung eigene Förderprojekte initiieren.
- c. Die Stiftung fördert Projekte, die dem Stiftungszweck gemäß § 2 ihrer Satzung entsprechen. Zweck der Stiftung ist die Förderung
- der Erziehung,- Bildung und Studentenhilfe
 - der Wissenschaft und Forschung
 - des Tierschutzes
 - des Klima- und Umweltschutzes, Naturschutzes (Hochwasserschutz) und der Landschaftspflege
 - der Heimatpflege, Heimatkunde und der Ortsverschönerung

Die Förderung erfolgt durch die Beschaffung von Mitteln und deren Weiterleitung an Körperschaften, welche diese Mittel unmittelbar für diese steuerbegünstigten Zwecke verwenden.

- d. Zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits begonnene Vorhaben werden nicht unterstützt.
- e. Die Förderung durch die Stiftung erfolgt grundsätzlich projektbezogen. Die Förderhöhe beträgt regelmäßig mindestens 250 EUR. Eine Dauerförderung einzelner Projekte ist im Regelfall nicht vorgesehen.
- f. Die Stiftung erwirbt keine Mitgliedschaften in Fördervereinen oder ähnlichen Institutionen.
- g. Ausgeschlossen von der Förderung der Stiftung sind: Reisen und Trainingslager.
- h. Ein Rechtsanspruch auf Förderung durch die Stiftung besteht gemäß § 5 der Satzung nicht und wird auch nicht durch regelmäßige oder wiederholte Leistungen der Stiftung begründet.

2. Antragsberechtigte

- a. Förderanträge können von allen nach §§ 51 ff. der Abgabenordnung als steuerbegünstigt anerkannten juristischen Personen gestellt werden, die ihren Geschäftssitz im Geschäftsgebiet der Kreissparkasse Heilbronn haben.
- b. Regelmäßig sind von den Initiatoren Eigenmittel sowie Fördermittel anderer Institutionen im angemessenen Rahmen für das Projekt zur Verfügung zu stellen.

3. Antragstellung und Bewilligungsverfahren

a. Die Antragstellung erfolgt unter Verwendung der Antragsformulare der Stiftung. Als Anlagen sind der Antragstellung beizufügen:

- Eine detaillierte Beschreibung des Projekts.
- Eine Kosten- und Finanzierungsplanung (mit Finanzierungslücke) sowie ein Zeitplanung für die vorgesehene Realisierung.
- Die aktuelle Bescheinigung über die Steuerfreistellung der antragstellenden juristischen Person

b. Der Antragsteller hat verbindlich darüber Auskunft zu geben, wo er weitere Anträge auf Förderung gestellt hat. Öffentliche Zuwendungsgeber, Stiftungen, Unternehmen, etc. sind als Adressaten weiterer Anträge einschließlich der dort beantragten Fördersummen konkret zu benennen.

c. Nach einer Antragsbewilligung durch den Stiftungsvorstand erhält der Antragsteller einen Bewilligungsbescheid der Stiftung, worin Höhe, Art und Umfang der Förderung festgelegt sind. Die Bewilligung kann mit Auflagen verbunden sein, die im Bewilligungsbescheid benannt werden. Ablehnungen werden nicht begründet.

d. Der Auszahlungsanspruch verfällt, sofern die Fördermittel nicht innerhalb von sechs Monaten nach der Zusage in Form des Bewilligungsbescheids abgerufen werden.

4. Verwendungsnachweis

a. Die Verwendung der bewilligten Mittel ist durch den Empfänger der Mittel gegenüber der Stiftung nachzuweisen. Für den Nachweis ist das entsprechende Formblatt der Stiftung zu verwenden, welches dem Bewilligungsbescheid als Anlage beigefügt ist.

b. Die Mittelempfänger haben die Belege zur Abrechnung der Verwendung fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, soweit das Steuerrecht nicht längere Fristen festlegt.

5. Rückzahlungsverpflichtung

Der Mittelempfänger ist verpflichtet, die geleistete Förderung ganz oder teilweise zurückzuzahlen, wenn

- er die Förderung zu Unrecht, insbesondere unter Angabe von unzutreffenden Angaben erlangt hat,
- die Fördermittel zweckentfremdet eingesetzt werden oder
- er eine zu hohe Förderung erhalten hat, weil sich bspw. nach Bewilligung die veranschlagten Kosten verringert oder von dritter Seite neue oder höhere Finanzierungsmittel hinzugekommen sind.

6. Öffentlichkeitsarbeit

a. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu den geförderten Projekten sollen durch den Antragssteller initiiert werden.

b. Sämtliche Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu den geförderten Projekten insbesondere mit Nennung der Stiftung bzw. Verwendung des Markenzeichens, sind vorab mit der Stiftung abzustimmen.